

## 043. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages, 9.11.2016

### Rede von MdL Klaus Bartl zum Antrag der Fraktion DIE LINKE in Drs 6/6886 „Kein Abducken mehr, Herr Tillich. Erklärung des Ministerpräsidenten zu bisherigen Konsequenzen des Staatsversagens im Fall al-Bakr“

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

was nach dem Fall al-Bakr über den Freistaat Sachsen an Schimpf, Schande und Schmähkritik hereingebrochen ist, sucht in seiner 25-jährigen Geschichte seit der Wiedereinrichtung unseres Bundeslandes seinesgleichen.

Ob da alles, was, begonnen in den sogenannten Leitmedien an vermeintlich sicherem Wissen um die Dinge und Abläufe, an Wertungen und Bewertungen debattiert wurde, ob dieses teils genüsslich zelebrierte Sachsen-Bashing berechtigt ist, kann momentan dahinstehen. Jedenfalls ist das Ansehen des Freistaates Sachsen bundesweit und vielleicht über Republikgrenzen hinaus auf den Hund gekommen.

Sachsen, das sich nach der Wiedervereinigung zum neuen Musterländle im Osten entwickelt hatte, mit besten Wirtschaftsdaten, vermeintlich glänzender Haushaltsbilanz und PISA-Spitzennoten, steht nun als Pannenstaat da. Als Stümper müssen wir uns beschimpfen lassen.

Dieses entstandene negative Bild von Sachsen haben auch Sie, Herr Ministerpräsident, nach allem, was die Medien berichten, auf dem Landesparteitag Ihrer CDU am vergangenen Wochenende in Chemnitz als deren Landesvorsitzender beklagt.

In dieser Situation erachten wir es als elementare Verantwortung und Dienstpflicht des Ministerpräsidenten als Spitze der vollziehenden Gewalt im Freistaat Sachsen, dass Sie, Herr Tillich, heute hier in dieser Sache vor dem Parlament und damit im O-Ton auch gegenüber der Öffentlichkeit das Wort nehmen.

Nicht zuletzt auch deshalb, weil der Artikel 63 der Sächsischen Verfassung Ihnen aufgibt, die Richtlinien der Politik zu bestimmen und dafür die Verantwortung zu tragen. Das gilt umso mehr als in den Medien hoch und runter vom Staatsversagen in Sachsen die Rede ist, der Ministerpräsident dazu jedoch beharrlich schweigt.

Wir wollen deshalb aus Ihrem Munde, Herr Ministerpräsident, hören, welche Konzeption Sie der Staatsregierung zur unverzüglichen Bewältigung der bis dato bereits öffentlich gewordenen Missstände und festgestellten organisatorischen, personellen und finanziellen Versäumnisse im Bereich der sächsischen Polizei, Justiz und des Strafvollzuges als den nach unseren bisherigen Erkenntnissen entscheidenden Ursachen für das **objektive** Versagen im Fall al-Bakr vorgegeben „verordnet“ haben, was die Staatsregierung bisher zur rückhaltlosen Aufklärung getan hat und weiter tun will und wie sich dies heute hier offiziell vor dem Parlament Gesagte, in erkennbaren Schlussfolgerungen zur Sicherheitsgewährleistung und zur sonstigen Personalfinanzausstattung des Sicherheits- und Justizbereiches, begonnen im kommenden Doppelhaushalt 2017/2018, niederschlagen soll.

Wir wollen wissen, wie Sie, Herr Ministerpräsident Tillich, zu dem allenthalben erhobenen Vorwurf stehen, in Sachsen habe sich Selbstgefälligkeit, Dilettantismus und Naivität ver selbstständig.

Wir wollen wissen, wie Sie gewährleisten, dass die von der Regierung eingesetzte, apostrophiert unabhängige Untersuchungskommission, zu deren Zusammensetzung und Aufgabenstellung Sie - wie schon in vergleichbaren Fällen in der Vergangenheit - erneut keinerlei vorheriges Benehmen mit dem Landtag, mit diesem Hohen Haus, herbeigeführt haben, ihre Arbeit erledigen. Wir wollen wissen, welchen Auftrag und welche Kompetenzen die vier Kommissionsmitglieder haben und wie sie in ihrer Aufklärungsarbeit durch die zuständigen Behörden unterstützt werden und dass jede Behinderung der Aufklärung ausgeschlossen ist.

Wir wollen heute Ihr Wort, dass der Landtag über die sich entwickelnden Erkenntnisse zu Abläufen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten im Fall al-Bakr und notwendige Schlussfolgerungen hieraus unverzüglich, unverkürzt und auf gleicher Augenhöhe mit der Staatsregierung ins Bild gesetzt wird.

Wir denken nämlich mit Grausen an das praktische Handling des seinerzeitigen Kabinetts in punkto „unabhängige „Untersuchungskommission der Regierung im Falle des so genannten **Sachsensumpfes**. Den Bericht, den die seinerzeit noch durch die Milbradtgeführte Staatsregierung eingesetzte, behauptet ebenso „unabhängige“ Regierungskommission zur Prüfung der damals im Raum stehenden Vorwürfe mit erheblichem finanziellen Aufwand für den Landeshaushalt erarbeitete, hat der später vom Landtag eingesetzte Sachsensumpf-Untersuchungsausschuss erst im Nachgang von mehr als einem Jahr und dann unvollständig und in wesentlichen Teilen geschwärzt zur Kenntnis erhalten. Das betraf sowohl den so genannten Weitemeyer-Bericht, der das Handlungsfeld der Polizei untersuchte, als auch den Bericht der Beyer-Irrgang-Kommission für den Bereich des Verfassungsschutzes. Vor allem deren Bericht konnte der Untersuchungsausschuss nur nach Betteln und Drohen mit Hängen und Würgen dann im Geheimhaltungsraum partiell einsehen. Zu diesem Zeitpunkt waren Sie, Herr Tillich, bereits Ministerpräsident und haben das zugelassen.

Wir haben auch nicht vergessen, dass dann im Sommer 2012 nach dem Bekanntwerden der Involvierung und Mitverantwortung Sachsens in das dieser Tage durch den jetzigen Bundesjustizminister Maas eingeräumte **Staatsversagen** bei der Verfolgung und Aufklärung der Mord- und Terrorstrafaten des „**Nationalsozialistischen Untergrundes**“ eingesetzte „Unabhängige Untersuchungskommission zur Neuordnung des Landesverfassungsschutzes“ unter Leitung der früheren Generalbundesanwältin Monika Harms ihren Erkenntnisbericht zwar gegenüber dem vom Parlament in der 5. Wahlperiode gebildeten NSU-Untersuchungsausschuss gerade mal so zur Verfügung stellte. Allerdings zunächst ohne seine Anlagen, die wir damaligen Mitglieder dieses UA letztlich auch nur in Hochsicherheitsgeheimhaltungsräumen einsehen und mit Niemandem darüber sprechen durften.

Dies genau darf sich in der Affäre al-Bakr nicht wiederholen!

Wir werten es durchaus als positives Zeichen, dass sich der Leiter der jetzt eingesetzten Expertenkommission zum al-Bakr-Thema, der Verfassungsrichter a. D. Landau und der Ex-Präsident des Bundesverfassungsschutzamtes Fromm für den 15.11.2016 bei unserer Fraktion angemeldet haben. Das ist ein guter Stil, den fortzusetzen wir Sie nur bestärken können.

Generell wollen wir auch heute keine Bambule machen, Herr Ministerpräsident. Wir haben uns, als der Fall al-Bakr vor einem Monat über Sachsen hereinbrach, mit Anwürfen und Wertungen gegenüber der Staatsregierung und einzelnen Verantwortungsträgern auf den verschiedenen Ebenen mehr zurückgehalten als dieser oder jener Ihrer eigenen Kabinetts- oder Koalitionskollegen. Wir werden das auch weiter so halten, wenn wir sicher sein können, dass in diesem Fall die Wahrheit unverkürzt auf den Tisch des Hauses kommt und über einzelne Handlungsfehler in Zeitsegmenten des Geschehens hinaus die **maßgeblichen Ursachen** für die längst nicht mehr in Abrede stellbaren minimal als unglücklich zu bezeichnenden Ereignisverkettungen angegangen werden.

In diesem Kontext haben wir sehr wohl auch zur Kenntnis genommen, dass die Koalition im Zuge ihrer Haushaltsverhandlungen mit Vertretern Ihres Hauses offensichtlich zu ersten Konsequenzen hinsichtlich der personellen und finanziellen Stärkung nicht nur im Lehrerbereich, sondern auch im Bereich der Polizei und Justiz und namentlich des Strafvollzuges gekommen ist und dass Sie als Ministerpräsident dazu stehen. Wir wollen heute Ihr Bekenntnis, dass weitere Maßnahmen zur Konsolidierung der Personal- und Arbeitssituation in den genannten Bereichen bis hin zu einem Nachtrag zu dem dann schon verabschiedeten Doppelhaushalt 2017/2018 gezogen werden, wenn dies die gerade begonnene Feinaufklärung der Versagensursachen im al-Bakr-Komplex erfordert.

Herr Ministerpräsident, Sie haben im Amt des Bundesratspräsidenten, von dem Sie vor einigen Tagen offensichtlich mit Schmerzen Abschied nehmen mussten, ein Jahr lang bei jedem Staatsakt in der ersten Reihe gesessen, neben der Bundeskanzlerin. Sie sind, wie es „Die Zeit“ in ihrer Ausgabe vom 20.10.2016 formulierte: „im Regierungsflugzeug mit schwarz-rot-goldenen Streifen um die Welt gereist“, nach Singapur, Südkorea, Mexiko, Kuba, wurden sogar vom Papst empfangen.

Jetzt sind Sie als Chef der Regierung eines Landes gefragt, das innerhalb weniger Tage durch einen vermeintlichen Polizei- und Justizskandal schwer beschädigt wurde.

Werden Sie heute und hier im Parlament Ihrer Verantwortung gerecht! Das darf das Hohe Haus von Ihnen erwarten, das darf die Bevölkerung von Ihnen erwarten und das erwartet die Republik. Kneifen Sie nicht wieder, Herr Ministerpräsident. Gehen Sie heute selbst in die Bütt!

Wir erwarten klare Worte, klare Ansagen, einen klaren Kurs.